

CDU, CSU und SPD einigen sich

Koalitionsvertrag trägt christlich-soziale Handschrift

CDU, CSU und SPD haben Mittwoch im Berliner Reichstagsgebäude ihren Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode unterzeichnet. Die CSU-Landesgruppe begrüßt den Abschluss des Koalitionsvertrages ausdrücklich, denn die CSU konnte sich in allen wesentlichen Punkten durchsetzen und die zentralen Punkte aus dem Bayernplan der CSU im Koalitionsvertrag verankern.

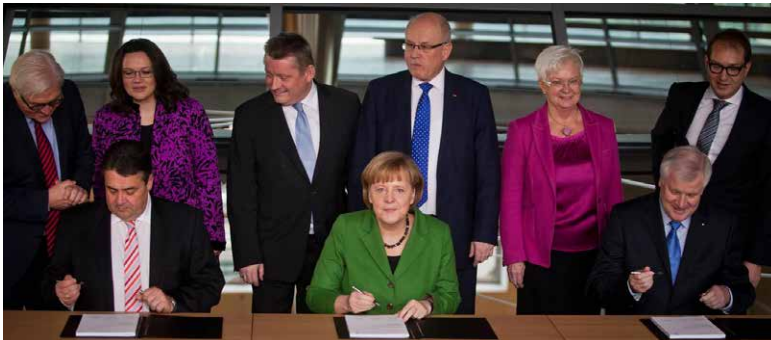


Foto: CDU/CSU-Fraktion / Tobias Koch

Die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages

Nach intensiven Verhandlungen haben sich CDU, CSU und SPD am frühen Mittwochmorgen in Berlin auf einen Koalitionsvertrag verständigt. Nach der Einigung erklärte Gerda Hasselfeldt, die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe: „Der Koalitionsvertrag hat eine christlich-soziale Seele. Die CSU hat sich in allen wesentlichen Punkten durchgesetzt – mit der Mütterrente, soliden Finanzen, der Maut für Ausländer, der Absage an eine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa, der weiteren Entlastung der Kommunen und durch die Fortsetzung der bisherigen Familienpolitik. Wir haben aus zum Teil hochfliegenden Wünschen der SPD vernünftige Projekte gemacht – etwa beim Mindestlohn oder der doppelten Staatsbürgerschaft. Die CSU hat Wort gehalten. Der SPD ist es nicht gelungen, an unserem obersten Grundsatz zu rütteln: Wir wirtschaften mit den Mitteln, die wir haben. Steuererhöhungen und neue Schulden wird es nicht geben.“ CSU-Generalsekretär und

Landesgruppenmitglied Alexander Dobrindt erklärte, der Vertrag entspreche dem Wahlergebnis und enthalte eine deutliche Handschrift der Union. Man habe hart, aber fair mit den Sozialdemokraten verhandelt. Seit Ende Oktober hatten CDU, CSU und SPD auf mehreren Ebenen über den Koalitionsvertrag verhandelt: Zwölf Arbeitsgruppen und vier Unterarbeitsgruppen hatten sich mit den einzelnen Fachthemen beschäftigt – von Arbeit und Soziales über Energie und Umwelt bis zu Haushalt und Wirtschaft. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden dann in „großer Runde“ mit insgesamt 75 Teilnehmern besprochen. Eine kleine Runde aus insgesamt 15 Teilnehmern hat in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch die letzten Streitthemen ausgeräumt und sich auf den genauen Vertragstext geeinigt. Nun müssen die SPD-Mitglieder in den nächsten beiden Wochen dem Vertrag zustimmen. Am 17. Dezember soll Angela Merkel dann erneut zur Bundeskanzlerin gewählt werden.



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Nachdem die Tinte des Koalitionsvertrages getrocknet ist, sind zwei Dinge sichtbar: Es ist ein Vertrag mit weiß-blauer Handschrift und der Vertrag ist gut für die Menschen. In vielen Punkten spiegelt sich der Bayernplan wider. Wir setzen kräftige Impulse für Infrastruktur, Bildung und Forschung und leisten dadurch einen ganz wichtigen Beitrag, damit Deutschland den erfolgreichen Weg der letzten Jahre weiter gehen kann.

Für uns war von Anfang an klar, dass wir diesen Weg nur mit einem klaren Bekenntnis gegen Steuererhöhungen gehen können. Denn nur so hat unser starker Mittelstand weiter die Möglichkeit, neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Wir haben die SPD überzeugt, dass wir ab 2015 keine neuen Schulden wollen. Stabilität statt Schulden, das ist nicht nur gerecht gegenüber der jungen Generation, sondern elementar für Stabilität, Wachstum und Wohlstand. Auch an unserem Stabilitätstypus für Europa konnten wir festhalten und die Vergemeinschaftung von Schulden verhindern.

Es war die CSU, die jede Kürzung bei Familienleistungen verhindert hat. Sowohl Ehegattensplitting als auch das Betreuungsgeld bleiben erhalten. Zum 1. Juli 2014 werden wir allen Müttern einen weiteren Rentenpunkt für die Erziehung ihrer Kinder anrechnen, die vor 1992 geboren wurden. Dies ist ein wichtiger Schritt zu mehr Rentengerechtigkeit für den niemand so hart gestritten hat, wie die CSU. Denn es geht um die Erziehungsleistung der Mütter, deren Kinder heute unser Rentensystem tragen. Mit der Maut für ausländische Fahrzeuge werden wir eine weitere Gerechtigkeitslücke schließen.

Die Vereinbarungen sind gut für unser Land. Darauf können wir aufbauen.



Andrea Lindholz MdB

Der Koalitionsvertrag im Überblick

Die wesentlichen Inhalte des Koalitionsvertrags

Welche zentralen Forderungen konnten wir in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen?

Die CSU-Landesgruppe begrüßt den Abschluss des Koalitionsvertrages ausdrücklich, denn die CSU konnte sich in allen wesentlichen Punkten durchsetzen: mit der Mütterrente, soliden Finanzen, der Maut für Ausländer, der Absage an eine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa, der weiteren Entlastung der Kommunen und der Fortsetzung der bisherigen Familienpolitik. Sämtliche wesentlichen Punkte aus dem Bayernplan der CSU konnten somit im Koalitionsvertrag verankert werden. Im Einzelnen:

- ◆ Es wird keine Steuererhöhungen geben. Wir haben weiteren Belastungen für Unternehmen und Bürger von Anfang an eine klare Absage erteilt. Gleichzeitig haben wir versprochen, dass wir den Plänen der SPD für massive Steuer- und Abgabenerhöhungen nicht zustimmen werden. Wir haben derzeit die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten. Damit müssen und damit können wir auskommen. So bleibt unsere Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs und die Menschen in Deutschland können auch in den kommenden vier Jahren auf eine sozial ausgewogene Beteiligung an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben vertrauen.



Foto: picture alliance / dpa

- ◆ Wir nehmen keine neuen Schulden auf. Ab dem Jahr 2014 werden wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt haben und beginnend mit dem Jahr 2015 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufstellen. Außerdem werden wir unsere Schuldenstandsquote innerhalb von zehn Jahren auf weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurückführen. Damit setzen wir unsere Politik solider Finanzen fort und leisten einen wichtigen Beitrag zur Entlastung kommender Generationen.

- ◆ Die PKW-Maut für Reisende aus dem Ausland kommt. Jeder, der deutsche Straßen nutzt, muss einen Beitrag zu deren Finanzierung leisten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Dabei steht für uns fest: Kein deutscher Autofahrer wird stärker belastet. Die Einnahmen werden in vollem Umfang für den Straßenbau verwendet.

Zusammen mit zusätzlichen Bundesmitteln sichern wir so auch weiterhin eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und gewährleisten eine stabile Finanzierung für unser Autobahnnetz, das weltweit als vorbildlich anerkannt ist.

- ◆ Die Mütterrente kommt. Wir werden Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden, im Rentensystem besser stellen und mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt berücksichtigen. Das ist eine klare Anerkennung der Erziehungsleistung und schließt die Gerechtigkeitslücke zwischen älteren und jüngeren Frauen mit Kindern.

- ◆ Das Betreuungsgeld bleibt. Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode dafür eingesetzt, auch diejenigen Eltern zu unterstützen, die ihre Kinder ohne staatliche Betreuungseinrichtungen erziehen wollen. Dadurch haben wir Wahlfreiheit bei der Kindererziehung geschaffen und Eltern ermöglicht, die für sie jeweils ideale Betreuungsform für ihre Kinder auszuwählen. Ein Angebot, das bereits wenige Monate nach seiner Einführung mehr als 80.000 Eltern in ganz Deutschland in Anspruch nehmen und das wir nicht zur Disposition stellen dürfen. Die CSU-Landesgruppe hat im Wahlkampf stets versprochen, dass bei bestehenden Familienleistungen nicht gestrichen wird. Dass wir uns damit trotz großer Widerstände durchgesetzt haben, ist ein starkes Signal für unsere Familien.

- ◆ Die Familienleistungen werden ausgebaut. Wir führen ein „ElterngeldPlus“ ein, das Eltern für die Dauer von bis zu 28 Monaten auch bei Teilzeitbeschäftigung beziehen können. Begleitend wird es einen Partnerschaftsbonus geben, den alle Eltern beziehen können, die zusätzlich zur Erziehung ihrer Kinder 25 bis 30 Wochenstunden arbeiten. Gleichzeitig gestalten wir die

Diese Woche

CDU, CSU und SPD einigen sich Koalitionsvertrag trägt christlich-soziale Handschrift	1
Der Koalitionsvertrag im Überblick Die wesentlichen Inhalte des Koalitionsvertrags	2/3
Hauptausschuss eingesetzt Bundestag beschließt ein Novum	4
Finanzierung gesichert Kita-Ausbau kann weitergehen	4
Bundeswehr I Einsatz im Südsudan verlängert	4
Bundeswehr II Darfur-Einsatz wird fortgesetzt	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: karpf kreativ

Verantwortliche Redakteurin: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212

Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Elternzeit flexibler. Zukünftig werden Eltern zwischen dem 3. bis 8. Lebensjahr ihres Kindes 24 Monate statt bisher 12 Monate Elternzeit nehmen können. Dadurch stärken wir unsere Familien und werden unserem christlich-sozialen Grundsatz gerecht, dass der Staat alles tun muss, um Familien zu fördern und zu unterstützen.

- ◆ Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird weiterentwickelt. Wir werden einen verbindlichen Ausbaukorridor festlegen, der Planungssicherheit schafft und die Entwicklung der Kosten begrenzt. Außerdem bauen wir Subventionen ab und verpflichten die weitere Förderung auf marktwirtschaftliche Grundsätze. Wir binden die Bürger beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ein und gestalten die Energiewende mit den Menschen in unserem Land. So bleibt unsere Energieversorgung sicher und bezahlbar und genießt gleichzeitig eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz.

- ◆ Der Länderfinanzausgleich wird reformiert. Der Freistaat Bayern zahlt gegenwärtig rund die Hälfte des Länderfinanzausgleichs. Derzeit steuert Bayern in einem Jahr mehr bei als wir in sechzig Jahren insgesamt aus dem Länderfinanzausgleich bezogen haben. Das ist ungerecht und leistungsfeindlich. Deshalb haben wir darauf gedrängt, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern bis spätestens 2019 neu zu regeln. Unsere Klage gegen den Länderfinanzausgleich bleibt davon unberührt.

- ◆ Es wird keine Euro-Bonds und keine Vergemeinschaftung von Schulden geben. Jeder Mitgliedstaat haftet eigenverantwortlich für seine Verbindlichkeiten. Hilfen gibt es nur bei einer starken Eigenbeteiligung und gegen die Erfüllung strikter Auflagen. Dabei setzen wir auch in Zukunft auf umfassende Strukturreformen und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung. Das ist der einzige Weg, um aus der Staatsschuldenkrise zu kommen. Es gilt weiterhin unser Grundsatz: Solidarität gegen Solidität. Damit bleibt Europa eine Stabilitätsunion und keine Schuldenunion.

- ◆ Die Souveränität der Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen Union bleibt unangetastet. Die CSU-Landesgruppe hat sich stets dafür eingesetzt im Koalitionsvertrag festzuschreiben, dass Entscheidungen der Europäischen Union nur unter enger Einbindung der nationalen Parlamente getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip wird weiterhin strikt eingehalten und die kommunale Selbstverwaltung beachtet. Dadurch bewahren wir die Vielfalt an Traditionen, Identitäten und Kulturen und entsprechen unserem Leitbild eines Europas der Regionen.

Bei welchen Punkten mussten wir im Rahmen der Verhandlungen Kompromisse finden?

Der CSU-Landesgruppe war im Rahmen der Koalitionsverhandlungen wichtig, dass der Koalitionsvertrag das Wahlergebnis widerspiegelt und ein klares Bekenntnis zu unserer Politik der bürgerlichen Mitte darstellt. Dennoch muss man in einer Koalitionsregierung immer auch Kompromisse finden.



Foto: picture alliance / dpa

- ◆ Ab 2015 wird es eine gesetzliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro geben. Wir haben immer gesagt: Wer Vollzeit arbeitet, soll davon auch angemessen leben können. Wir sind der Überzeugung, dass es keiner gesetzlichen Vorgabe bedarf, um diesem Grundsatz gerecht zu werden. Deshalb haben wir uns mit aller Kraft dafür eingesetzt, dass die Einführung einer einheitlichen Lohnuntergrenze mit einer Stärkung der Tarifpartner und dem Schutz bestehender Arbeitsplätze einhergeht. Das ist uns gelungen. Die Regelung berücksichtigt bestehende Tarifverträge und greift erst 2017 uneingeschränkt. Die zukünftige Überprüfung der Lohnuntergrenze liegt bei den Sozialpartnern. Weitere politische Interventionen sind somit ausgeschlossen. Das sichert Arbeitsplätze und wahrt das bewährte Prinzip der Tarifautonomie. Gleichzeitig haben unsere Arbeitgeber die Möglichkeit, sich auf das Mindestlohniveau von 8,50 Euro einzurichten.

- ◆ Die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt.

Das entspricht nicht unseren Wunschvorstellungen. Trotzdem wird es in Deutschland auch weiterhin keine generelle doppelte Staatsbürgerschaft geben – das war für uns von zentraler Bedeutung. Das Staatsangehörigkeitsrecht bleibt im Übrigen unverändert. Außerdem gilt weiterhin, dass Integration ein klares Bekenntnis zu unserem Staat und zu unserer Rechts- und Werteordnung voraussetzt. Dadurch bleibt unser Markenkern in der Integrationspolitik gewahrt.

- ◆ Langjährig Versicherte, die 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben, können in Zukunft mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Auch das ist für uns ein Kompromiss. Gerne hätte die CSU-Landesgruppe anderen Ansätzen den Vorzug gegeben, um die Lebensleistung älterer Menschen in unserem Land zu würdigen. Aber: Für uns war wichtig, dass wir am Leitgedanken einer Gesellschaft des langen Lebens und Arbeitens festhalten und das Zugangsalter zur abschlagsfreien Rente schrittweise auf 65 Jahre anheben. Beides konnten wir durchsetzen und im Koalitionsvertrag verankern. Somit konnten wir auch das Konzept der abschlagsfreien Rente in einen klaren christlich-sozialen Rahmen setzen.

Hauptausschuss eingesetzt



Foto: Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Bundestag beschließt ein Novum

Mit den Stimmen von CDU/CSU-Fraktion und der SPD hat der Bundestag am Donnerstag beschlossen, erstmals in seiner Geschichte einen sogenannten „Hauptausschuss“ einzusetzen. Mit dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen steht die Regierungsbildung zwar nun unmittelbar bevor. Aufgrund der langen Verhandlungszeit liegen doch schon jetzt einige unaufschiebbare Entscheidungen vor. Diese sollen durch den Hauptausschuss bearbeitet werden. Dieser ist bis zur vollständigen Konstituierung der Ausschüsse für alle Vorlagen aus dem Parlament zuständig. Der Hauptausschuss übernimmt für kurze Zeit die Aufgaben der ständigen Ausschüsse und wird mit Fachpolitikern aus allen Bereichen besetzt. Für die CSU-Landesgruppe werden Dorothee Bär, Bartholomäus Kalb, Thomas Silberhorn und Max Straubinger dem Ausschuss angehören. Der Hauptausschuss hat sich am 28. November konstituiert und wird aufgelöst, sobald die ständigen Ausschüsse sich konstituiert haben.

Bundeswehr I



Foto: picture alliance / dpa

Einsatz im Südsudan verlängert

Mit breiter Mehrheit hat der Bundestag in namentlicher Abstimmung den Antrag der Bundesregierung angenommen, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Südsudan (UNMISS) zu verlängern - bis längstens Ende 2014. Eingesetzt werden maximal 50 Soldatinnen und Soldaten. Die Kosten des Einsatzes belaufen sich auf rund 962.000 Euro. Grund für die Verlängerung ist, dass der Südsudan knapp zweieinhalb Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung weiterhin vor großen Herausforderungen steht. Der Aufbau der staatlichen Verwaltung und einer wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur sowie die politische Stabilisierung der internen Situation müssen weiterhin intensiv unterstützt werden. Das deutsche Engagement bei UNMISS ist Teil der langjährigen Bemühungen der Bundesregierung um eine dauerhafte Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung im Sudan und im Südsudan.

Finanzierung gesichert



Foto: picture alliance / dpa

Kita-Ausbau kann weitergehen

Der Bundestag hat dem Gesetzentwurf des Bundesrates einstimmig zugestimmt, mit dem das Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und zur Änderung des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes geändert wird. Seit dem 1. August dieses Jahres gibt es den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für ein- und zweijährige Kinder. Die vom Bund für den Kita-Ausbau zunächst bereitgestellten 2,15 Milliarden Euro sind jedoch nahezu völlig verausgabt. Auch die seit Februar 2013 bereitgestellten Mittel für weitere 30.000 Plätze wurden schon verbaut. Mit der Gesetzesänderung wird für den Ausbau ein längerer „Durchführungszeitraum“ erreicht, weil Baumaßnahmen mit einem Volumen von rund 7,5 Prozent nicht vor Ende 2013 abgeschlossen werden. In diesen Fällen kann die Bauzeit nun bis Ende 2014 verlängert werden. Dadurch wird sichergestellt, dass alle mit Bundesmitteln durchgeführten Baumaßnahmen für Kinderbetreuungs-einrichtungen beendet und ausfinanziert werden können.

Bundeswehr II



Foto: picture alliance / dpa / dpaweb

Darfur-Einsatz wird fortgesetzt

Der Bundestag hat am Donnerstag den Antrag der Bundesregierung angenommen, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der militärischen Operation der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in der westsudanesischen Provinz Darfur (UNAMID) bis längstens Ende 2014 zu verlängern. Die Bundeswehr beteiligt sich mit bis zu 50 Soldaten am Schutz der Zivilisten und humanitären Helfer sowie allgemein an der Wahrung der öffentlichen Sicherheit im Rahmen der Mission. Die Kosten des Einsatzes betragen rund 513.000 Euro. Aufgabe von UNAMID ist es, die Friedensverhandlungen vor Ort zu unterstützen. Immer wieder aufflammende Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen belasteten die humanitäre Lage der Zivilbevölkerung. Insbesondere die Situation der Flüchtlinge und der lokalen Bevölkerung in den Konfliktgebieten soll durch das humanitäre und entwicklungspolitische Engagement Deutschlands verbessert werden.